

Die Europäische Union sucht gute Ideen

Professor Dr. Marc Ringel von der HfWU wird als EU-Klimabotschafter die EU auf ihrem Weg zur Klimaneutralität unterstützen

Professor Dr. Marc Ringel von der Hochschule Nürtingen-Geislingen wurde kürzlich zum EU-Klimabotschafter ernannt. Der Wirtschaftswissenschaftler ist Professor für Energiewirtschaft. Im Interview erläutert er, warum alles seinen Preis haben sollte und wie jeder Einzelne EU-Politik machen kann.

VON BARBARA GOSSON

Herr Professor Ringel, könnten Sie bitte unseren Lesern erklären, was ein Klimabotschafter macht?

Unser rechtlicher Bezug ist die EU-Klimaschutzpolitik. Der Europäische Rat, die Europäische Kommission und das EU-Parlament geben die Richtlinien vor, die dann in den Mitgliedsstaaten zu Gesetzen werden. So haben die Institutionen der EU keinen Zugriff auf die lokale Ebene und keine Möglichkeit, direkt mit Städten und Gemeinden in Kontakt zu treten. Wir sollen da eine Brücke schlagen. Ein vergleichbares Netzwerk gibt es schon mit dem Konvent der Bürgermeister. Es geht darum, gute Ideen für lokale Initiativen weiterzugeben, damit diese das Rad nicht neu erfinden müssen. Als Ansprechpartner für Städte und Gemeinden helfen wir mit, die EU-Klimaziele, den European Green Deal, auf lokaler Ebene umzusetzen. Dieser besagt, dass Europa bis 2050 klimaneutral werden soll. Wir sprechen nicht nur öffentliche Körperschaften an, sondern wollen alle mit ins Boot holen, ob Initiativen oder Privatpersonen. Jeder kann mitmachen, wir betreiben die Vernetzung und Koordinierung von unten nach oben.

Haben die Klimabotschafter Einfluss auf die Entstehung der EU-Richtlinien?

Nein, wir vernetzen und vermitteln Wissen. Wir leisten informell Aufklärungsarbeit bei Bürgern und Parlamentariern. Es gibt beispielsweise nächstes Jahr viele EU-Initiativen zum Klimaschutz, da holt sich die EU-Kommission nicht nur die Meinung von Klimabotschaftern, sondern alle Bürger können sagen, welche Aktionen sie für sinnvoll halten. Nach EU-Recht ist es Pflicht, die Beiträge aus der Bürgerschaft zu kommentieren. An diesen sogenannten Offenen Konsultationen kann nach Voranmeldung jeder teilnehmen, die Beiträge werden ungefiltert weitergegeben. Wer zu einer Lobby gehört, muss das vorher angeben.

Wie vermitteln Sie Ihr Wissen den EU-Parlamentariern, die ihre Entscheidungen informiert treffen sollten?

Das geschieht eher mittelbar. Ein Aufklärungs- und Informationsrecht gibt es nicht. Wir Klimabotschafter genießen jedoch einen Vertrauensvorsprung und sind bevorzugte Ansprechpartner. Unsere Rolle ist eher eine andere: Alle EU-Bürger können in Offenen Konsultationen Vorschläge machen, Mängel aufzeigen oder gute Beispiele benennen. Wir nehmen uns gute Beispiele heraus und zeigen sie.

Könnten Sie noch ein bisschen mehr zu den Offenen Konsultationen sagen?

Jeder Verband, jedes Unternehmen oder jede Privatperson kann daran teilnehmen. So soll die aktive Zivilgesellschaft gestärkt werden. Die Entscheidungsträger wollen wissen, wo die konkreten Probleme vor Ort sind, was gut oder schlecht funktioniert. Die vielen Einzelbeispiele können dann analysiert und verallgemeinert werden, sodass am Ende ein sinnvoller Gesetzesentwurf steht. Natürlich sind Abgeordnete und Kommission gut informiert, aber oft sind Kleinigkeiten wichtig und es wird von den Bürgern zurückgespiegelt, wie unterschiedliche Vorhaben bei ihnen ankommen. Die Verantwortlichen erhalten so zusätzliche Hinweise, was wichtig ist. So kann auch dem Lobbyismus entgegengewirkt werden, indem die Vorhaben einem Realitäts-Check unterzogen werden.

Was ist Ihre ganz persönliche Aufgabe dabei?

Um den Klimapakt mitzugestalten, will ich unter anderem mit meinen Studierenden eine Projektgruppe ins Leben rufen, die die Klimabeiträge sichtet und bewertet. Dann wollen wir Anregungen für Gemeinden, Initiativen, Vereine und Privatpersonen zusammenstellen, aufbereiten und auf einer Internetseite präsentieren. Als Klimabotschafter kann ich etwas anschieben, das ist das Schöne daran.

Wie sehen Sie das Zusammenspiel zwischen der Verantwortung des Einzelnen und der des Gesetzgebers? Ist das, was ein Einzelnes tut, nicht ein Tropfen auf den heißen Stein?

Das läuft parallel. Die EU handelt den



Professor Dr. Marc Ringel bei einem Vortrag im Rahmen der World Sustainable Energy Days (WSED)

Foto: Privat

Ordnungsrahmen aus, speziell bei der Energieversorgung gibt es gesetzliche Vorgaben, die von allen umgesetzt werden müssen. Ich nenne da als Beispiel die neue EU-Gebäuderichtlinie, die Anfang nächstes Jahr kommt. Der rechtliche Rahmen ist der EU-Klimapakt, der dann mit individuellen Beiträgen umgesetzt wird. Um bei Ihrem Bild zu bleiben: Das Meer besteht aus vielen einzelnen Tropfen. Ich bin dagegen, Zwang auszuüben. Die EU könnte mit Anreizen und Zwang arbeiten, aber am Ende sollte es beim Einzelnen ankommen, bei Institutionen, Unternehmen, Verbänden oder Vereinen. Deshalb kann an den Offenen Konsultationen jeder teilnehmen, ob Initiativen wie Fridays for Future, Gemeinden, Hochschulen oder Privatpersonen. Mit einer stärkeren Koordinierung kommen viele Tropfen zusammen und bilden einen Strom. Veränderungen sollten nicht nur von oben nach unten, sondern auch umgekehrt passieren.

Wenn ein Einzelnes aber nicht mitmachen möchte, dann bleibt es unbehelligt und kann weitermachen, wie bisher. Wäre da nicht der Gesetzgeber stärker gefragt?

Wer wenig bis nichts tut, ist oftmals nicht aktiv dagegen, sondern weiß nicht, wie einfach es ist, etwas zu tun. Ein paar konkrete Beispiele: Es gibt gute Ökostromanbieter, bei denen man sogar noch Geld spart. Oder wenn das Gas jetzt durch die CO₂-Bepreisung teurer wird, kann man sich nach einem Biogasanbieter umsehen. Die Bibliotheken verleihen Strommessgeräte, die man einfach zwischen Steckdose und Gerät stecken und so Stromfresser ermitteln kann. Dann lässt es sich einfach errechnen, wie schnell sich ein neues, sparsameres Gerät über den geringeren Verbrauch amortisiert hat. Das dient dem Geldbeutel und ist nicht mit Verzicht verbunden.

Wir reden hier von Menschen, die sich neue, sparsamere Geräte leisten können. Dabei haben weniger wohlhabende Menschen ohnehin einen geringeren CO₂-Verbrauch als wohlhabendere. Wo bleibt da die soziale Komponente?

Es gibt Programme der Bundesregierung, die eine direkte Beratung ärmerer Haushalte direkt vor Ort vorsehen.

Wie beurteilen Sie als Volkswirtschaftswissenschaftler die CO₂-Bepreisung?

Als Ökonom stehe ich dem grundsätzlich positiv gegenüber. Der Markt liefert uns hier ein Instrument, den Klimaschutz effizient und zu minimalen Kosten umzusetzen, ohne das staatliche Budget zu strapazieren. Der Markt als Werkzeug hilft uns dabei, dass wir noch Geld für Sozial- und Gesundheitspolitik haben. Die EU hat schon angekündigt, diese Instrumente umfassend zu nutzen und den europäischen Emissionshandel auch auf Gebäude und Verkehr auszuweiten.

Was schlagen Sie konkret vor?

Um fossile Energien einzusparen gibt es noch großes Potenzial im Gebäudebestand. Hier brauchen wir breitere Förderprogramme für die Gebäudesanierung, wir sollten die Energieberater stärker einsetzen. Derzeit wird pro Jahr nur ein Prozent des Gebäudebestandes

saniert, das sollte sich verdoppeln, um effektiv CO₂ einzusparen.

Was kann man beim Thema Mobilität tun?

Das ist ein schwieriges Feld. Überall gehen die Treibhausgase zurück, nur beim Verkehr werden es mehr. Das Problem sollte auf verschiedenen Ebenen angegangen werden. Da gibt es den Güterverkehr, der stärker auf Schiene oder Schiff verlagert werden sollte. Da ist viel zu holen. Und dann gibt es noch den Individualverkehr. Hier finde ich Verbote schwierig und setze auf die CO₂-Bepreisung. Höhere Benzinpreise führen zu effektiveren Fahrzeugen, dann die Subventionen für Elektrofahrzeuge. Aber hier gilt es ein sehr dickes Brett zu bohren. Die Menschen steigen erst auf Elektromobilität um, wenn die nötige Ladeinfrastruktur da ist, in die sie Vertrauen haben. Und die entsteht erst, wenn genügend Elektrofahrzeuge da sind. Die Tankstellen könnten beispielsweise ein Angebot von Schnellladesäulen machen. Oder große Parkflächen könnten mit Solarpanelen überdacht werden, die Mitarbeitern oder Kunden ein vergünstigtes Aufladen ermöglichen.

Woran hängt es bisher?

Der Teufel steckt oft im Detail gesetzlicher Regelungen. Vergünstigtes Aufladen eines Elektrofahrzeugs beim Arbeitgeber gilt als geldwerter Vorteil und muss als solcher versteuert werden. Oder Gemeinden können keine externen Dienstleister beauftragen, die Energiesparmaßnahmen vorfinanzieren und dann aus den Einsparungen bezahlt werden, weil ein solches Contracting haushaltsrechtlich nicht möglich ist.

Sehen Sie eine Renaissance der Atomkraft, wenn es darum geht, die EU CO₂-neutral zu machen?

Anderswo auf der Welt passiert das schon, in China und Indien sieht die Energieversorgung anders aus. Ich bin aber optimistisch, dass Europa die Energiewende ohne Atomkraft schafft. Gerade sind wir in einer Phase, in der wir hohe Kosten haben, der Nutzen kommt später, wenn wir zu 100 Prozent erneuerbare Energien nutzen. Diese nachhaltige Versorgung wird sich aus verschiedenen Bausteinen zusammensetzen, zum Beispiel Wasserstoff, der durch Strom von Offshore-Windparks oder Solarparks in sonnigen Gegenden produziert und dann gasförmig transportiert wird. Wenn Europa diesen Weg erfolgreich geht, hat das weltweite Signalwirkung. Der Energiebedarf der aufstrebenden afrikanischen Länder könnte gleich CO₂-neutral gedeckt werden. Im Nahen Osten gibt es da schon viele Ansätze in den Staaten, die derzeit noch vom Öl abhängig sind. Da werden ganz neue Städte in Form von klimaneutralen Smart Cities gebaut. Diese Städte der Zukunft sind sehr faszinierend.

Wie können Menschen in ihrem Alltag eine Veränderung schaffen?

Es wäre schon sinnvoll, sich mit Hilfe des CO₂-Rechners des Umweltbundesamtes den eigenen CO₂-Fußabdruck zu errechnen, nicht, um sich ein schlechtes

Gewissen zu machen, sondern um ein Gespür für den eigenen Lebenswandel zu bekommen und einmal mit verschiedenen Verbrauchskomponenten zu spielen. Eine Verhaltensänderung sollte nicht mit Zwang oder erhobenem Zeigefinger einhergehen, sondern den Bedürfnissen und dem Lebensstil entsprechen. Ob das funktioniert, kann jeder mit den sogenannten Climate Challenges ausprobieren, wo man für bestimmte Zeit eine Änderung des Lebensstils versucht. Beispielsweise ein paar Wochen auf Online-Bestellungen verzichten und regional einkaufen. Das kann der Einstieg zu einer dauerhaften Veränderung sein.

Müsste man die Leute nicht manchmal zu ihrem Glück zwingen? Die herkömmlichen Glühbirnen gibt es ja auch nicht mehr zu kaufen.

Ja, und deshalb haben einige Zuständige bei der EU sogar Morddrohungen bekommen. Ich finde es schwierig, mündigen Bürgern etwas einfach so zu verbieten. Wir können jedoch die Frage stellen, zu welchem Preis etwas zu bekommen ist. Beim Thema Verpackung kann und muss noch viel passieren, beispielsweise in Form ausgeweiteter Pfandsysteme. Aber auch das ist kompliziert umzusetzen und es stehen bestimmte Interessen dagegen.

Zur Person

Professor Dr. Marc Ringel

Seit 2013 Professor für Energiewirtschaft und Umweltökonomie an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU) sowie als Gastdozent an der Universität Aix-en-Provence/Marseille. Aktuell Forschungsaufenthalt an der Freien Universität Brüssel (VUB).

Studium der Volkswirtschaftslehre (Universität Mainz und Université d'Angers), externe Promotion an der TU Chemnitz (2004) parallel zur Tätigkeit als Referent für den Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU).

Seit 2004 Referent/stellvertretender Referatsleiter in der Energieabteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. 2008 Abordnung an das Auswärtige Amt (OECD-Vertretung Paris) zur Entwicklung von Strategien zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise („Green growth“). Anschließend Wechsel zur Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission (Ende 2009–2013). Dort Mitarbeit an zahlreichen energie- und Klimaschutzpolitischen Strategien (Energiefahrplan 2050, Energiepolitik im Europäischen Semester, EU-2030-Strategie, Aktionsplan Energieeffizienz) sowie der europäischen Energieeffizienzrichtlinie (EED).

Mitglied im Team Europe der Vertretung der Europäischen Kommission Deutschland, im Kompetenzzentrum Contracting der KEA sowie im Sachverständigenrat für Klimaschutz NRW. Sachverständigen- und Beratungstätigkeiten für BMWi, Europäische Kommission, verschiedene Regierungen von EU-Mitgliedsstaaten und Unternehmen im Energiesektor.